

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 25.Februar 2026

Sophia Schiebe

Wer nicht fragt, will die Probleme auch nicht lösen

TOP 7+11: Leitlinien zum Bildungsauftrag in Kindertagesstätten

b) Umfrage zur Arbeitssituation in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege in Schleswig-Holstein auf den Weg bringen (Drs. 20/4004, Drs. 20/4073)

Die Bildungsleitlinien beschreiben sehr präzise, wie gute frühkindliche Bildung aussehen soll. Sie formulieren einen professionellen Anspruch, sie stellen Beziehung, individuelle Förderung, Inklusion und Reflexion in den Mittelpunkt. Daran ist fachlich nichts auszusetzen.

Doch Qualität entsteht nicht alleine durch einen Text.

Sie entsteht durch Zeit, Personal und verlässliche Strukturen. Wenn wir das ernst nehmen, dann müssen wir auch bereit sein, über diese Voraussetzungen ebenso ernsthaft zu sprechen.

Die GEW Schleswig-Holstein hat 2025 erneut Fach- und Leitungskräfte zu ihren Arbeitsbedingungen befragt. 169 Beschäftigte haben sich beteiligt. Die Ergebnisse sind deutlich:

86 Prozent arbeiten regelmäßig über ihrer Belastungsgrenze.

83 Prozent geben an, ihren eigenen fachlichen Ansprüchen unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr gerecht werden zu können.

74 Prozent sind mit ihren Arbeitsbedingungen unzufrieden.

Das sind keine Einzelfälle.

Das ist ein ernstzunehmendes strukturelles Signal. Und wer diese Zahlen hört, kann sie nicht einfach als Randnotiz behandeln.

Es bedeutet konkret:

Ein Großteil der Fachkräfte erlebt seinen Arbeitsalltag nicht mehr als gestaltbar, sondern als ein ständiges Improvisieren unter Zeitdruck. Pädagogische Planung wird zur Ausnahme. Professionelle Standards geraten unter Druck. Und Motivation allein kann strukturelle Defizite nicht dauerhaft ausgleichen. Das wissen wir und genau deshalb dürfen wir uns nicht mit Appellen begnügen.

Mehr als die Hälfte der Befragten berichtet, dass Vor- und Nachbereitungszeiten nicht verlässlich nutzbar sind. Planung, Dokumentation und Elterngespräche werden in die private Freizeit verlagert oder parallel zur Arbeit am Kind erledigt. Teamreflexion findet häufig nur noch „zwischen Tür und Angel“ statt.

Damit verschiebt sich professionelle Arbeit in den privaten Raum. Und ich glaube, wir sind uns einig, dass professionelle Verantwortung nicht auf stillschweigende Mehrarbeit im Privaten bauen darf.

Gleichzeitig wird die gesetzlich verankerte Mindestanwesenheit massiv kritisiert. Die Möglichkeit, zeitweise allein mit großen Gruppen arbeiten zu müssen, führt dazu, dass Einrichtungen trotz personeller Unterbesetzung geöffnet bleiben. Pädagogische Arbeit reduziert sich unter diesen Bedingungen häufig allein auf die Aufsicht.

Das steht in einem klaren Spannungsverhältnis zu dem, was wir mit den Bildungsleitlinien eigentlich erreichen wollen. Und diesen Widerspruch sollten wir nicht kleinreden, sondern offen benennen.

Wir fordern differenzierte Beobachtung.

Wir fordern individuelle Förderung.

Wir fordern Inklusion.

Wir fordern Dokumentation und Kooperation.

All das ist fachlich richtig. Aber all das braucht Ressourcen. Und Ressourcen müssen politisch gesichert werden, nicht nur pädagogisch gewünscht. Wer hohe Erwartungen formuliert, muss auch die Mittel bereitstellen, sie erfüllen zu können.

65 Prozent der Befragten geben an, dass sich ihre Arbeitsbedingungen seit Inkrafttreten des neuen Kita-Gesetzes verschlechtert haben.

Krankenstände steigen. Leitungskräfte berichten, dass sie regelmäßig im Gruppendienst einspringen müssen, weil Vertretungssysteme fehlen. Gleichzeitig nimmt der administrative Aufwand zu.

Das bedeutet: Der pädagogische Anspruch wächst, während die strukturelle Absicherung nicht im gleichen Maße mitwächst. Diese Schieflage lässt sich nicht dauerhaft mit Engagement und Idealismus kompensieren. Sie betrifft nicht einzelne Einrichtungen, sondern weist auf ein systemisches Ungleichgewicht hin. Und genau deshalb handelt es sich nicht um ein Detailproblem, sondern um eine politische Kernfrage.

Im Sozialausschuss wurden die Ergebnisse der GEW-Umfrage teilweise relativiert. Man verwies auf die Stichprobengröße oder auf die gewerkschaftliche Perspektive.

Das kann man so bewerten.

Aber wer Zweifel hat, trägt Verantwortung, diese Zweifel zu klären. Und genau darum geht es heute. Es geht nicht um Recht behalten, sondern um Klarheit gewinnen.

Deshalb liegt ein Antrag vor, der nichts anderes verlangt als Transparenz:

Wenn die regierungstragenden Fraktionen die Ergebnisse dieser Befragung nicht für ausreichend belastbar hält, dann soll sie selbst eine landesweite, wissenschaftlich fundierte Erhebung zu den Arbeitsbedingungen in unseren Kitas auf den Weg bringen. Wer von Qualität spricht, sollte auch bereit sein, sie empirisch zu überprüfen.

Denn politische Entscheidungen über Qualität, Personalschlüssel und Finanzierung müssen auf einer klaren empirischen Grundlage beruhen. Ohne ehrliche Bestandsaufnahme bleibt jede Qualitätsdebatte unvollständig und jede Reform potenziell realitätsfern. Und das kann niemand von uns wollen.

Hohe Standards ohne verlässliche Rahmenbedingungen erzeugen Druck.

Druck führt zu Ausfällen.

Ausfälle verschärfen Personalmangel.

Und Personalmangel wirkt sich unmittelbar auf Qualität aus.

Das ist keine Frage individueller Leistungsbereitschaft.

Das ist eine Frage der politischen Prioritätensetzung.

Unser Antrag ist deshalb kein Angriff auf die Leitlinien.

Er ist ein notwendiger Ergänzungsschritt.

Wer Professionalität einfordert, muss sie ermöglichen.

Wer Qualität beschließt, muss ihre Voraussetzungen sichern.

Und wer frühkindliche Bildung als Fundament unserer Gesellschaft bezeichnet, darf dieses Fundament nicht auf Dauer überlasten.

Und wenn wir wollen, dass dieser Anspruch trägt,

dann sichern wir nicht nur das Ziel,

sondern auch den Weg dorthin.